

„Wahret das Recht und übt Gerechtigkeit“ (Jesaja 56,1)

Appell an die Bundesregierung, sich für einen gerechten Frieden in Nahost einzusetzen

anlässlich des Ökumenischen Friedensgebetes in der St. Lorenzkirche in Nürnberg für die Menschen im Gaza-Streifen und in Israel und des anschl. Gesprächs „Denk' ich an Gaza...“ im Christlich-Islamischen Begegnungszentrum Brücke – Köprü am 23.01.2009

Die Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben in Israel / Palästina, dem Land, das Juden, Christen und Muslimen heilig ist, muss die Einhaltung der legitimen Rechte der Bewohner dieses Landes sein.

In Anlehnung an den „Aufruf von Amman“, den der Ökumenische Rat der Kirchen bei seiner Internationalen Friedenskonferenz („Kirchen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten“) in Amman, Jordanien vom 18.-20. Juni 2007 verabschiedet hat, appellieren wir an Sie:

Setzen Sie sich dafür ein,

- dass die UN-Resolutionen die Grundlage für den Frieden bilden und die Genfer Konventionen Anwendung finden, um die Rechte und Pflichten der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Dies bedeutet:

- Israel hat das Recht auf eine gesicherte Existenz.
- Die Palästinenser haben das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr.
- Eine Zwei-Staaten-Lösung muss politisch, geografisch, wirtschaftlich und sozial lebensfähig sein.
- Jerusalem muss für die beiden Völker und drei Religionen eine offene, zugängliche, integrative und gemeinsame Stadt sein.
- Die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Palästinas als auch Israels müssen angemessen Beachtung finden.
- Die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sind rechtswidrig und stellen ein Hindernis für den Frieden dar.
- Die von Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten errichtete „Trennmauer“ ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und muss aus den besetzten Gebieten wieder entfernt werden.
- Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Gewalt in allen ihren Formen, ob sie vonseiten der Israelis oder der Palästinenser ausgeübt wird, kann nicht gerechtfertigt werden.
- Ein umfassender Frieden in der Region ist an einen gerechten Frieden in Israel und Palästina gebunden.
- Die nahezu 2000-jährige Existenz von einheimischen Christen und lokalen Kirchen zeugt von einer langen Geschichte des Zusammenlebens mit anderen Religionen. Nun stehen sie vor ihrem Erlöschen. Das Leben und Zeugnis der lokalen Kirchen ist von zentraler Bedeutung für die weltweite Fürsprachearbeit der Kirchen für einen gerechten Frieden. Nicht zuletzt ihr Beispiel erfordert den Einsatz für den Schutz der Lebensgrundlagen aller Gruppen in der Region.

Wir, die Unterzeichnenden treten in unserem jeweiligen Lebenskontext für ein geschwisterliches Zusammenleben für Menschen mit verschiedenen religiösen und ethnischen Hintergründen ein. Im Blick auf die Situation in Palästina und Israel fordern wir: der Hinweis auf verschiedene religiöse und ethnische Zugehörigkeit darf nie und nirgends dafür benutzt werden, die Lebensgrundlagen und Rechte von Menschen mit anderem Hintergrund infrage zu stellen.